

MITTEILUNG

aus der 4. XI/
des Bezirksausschusses Bad Fredeburg
am Dienstag, 09.06.2026

Öffentlicher Teil

TOP 2.1 Beschluss über kommunale Positivplanung bzw. Änderung des Flächennutzungsplans

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt.

Herr Entian stellt die Präsentation (Anlage 1) zum Tagesordnungspunkt vor und geht dabei auf wesentliche Fragen bezüglich der Anträge auf kommunale Positivplanung bzw. Änderung des Flächennutzungsplans ein. Herr Eiloff bedankt sich für die Darstellung.

Herr Beule kritisiert die geringen finanziellen Gewinne bei gleichzeitig erheblichen Verlusten. Herr Entian bestätigt, dass sich die Maßnahmen auf den Haushalt auswirken werden. Nach Ablauf eines Jahres erfolge eine entsprechende Abrechnung, auf deren Grundlage eine belastbare Kalkulation möglich sei. Zudem weist er darauf hin, dass die Änderung des Flächennutzungsplans voraussichtlich zwei bis drei Jahre in Anspruch nehmen werde.

Herr Eiloff stellt mögliche Beschlussvorschläge vor. Anschließend erfolgt die Abstimmung darüber, ob die kommunale Positivplanung bzw. die Änderung des Flächennutzungsplans durchgeführt werden soll. Frau Meier erklärt vor der Abstimmung ihre Befangenheit und nimmt weder an der Beratung noch an der Abstimmung teil. Sie setzt sich in den Zuschauerbereich.

Der Antrag 4 von ENGIE betrifft nicht die direkte Zuständigkeit vom Bezirksausschuss Bad Fredeburg, da sich dieser auf Grundstücke in den Gemarkungen Rarbach und Dorlar bezieht. Aufgrund der kurzen Distanz zu Bad Fredeburg wurde der Antrag ebenfalls vorgestellt.

Der Antrag wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

Der Bezirksausschuss Bad Fredeburg schlägt der Stadtvertretung einstimmig im Rahmen seiner Zuständigkeit für den Bereich des Antrags 2 von Eurowind Energy folgende Beschlussfassung vor:

Eine kommunale Positivplanung zur Ausweisung von Windenergiebereichen im Flächennutzungsplan der Stadt sollte nicht erfolgen, städtische Grundstücksflächen sollten für die Nutzung von Windkraft bzw. als WEA-Standort nicht zur Verfügung gestellt werden und die vorliegenden Fraktionsanträge der Grünen und SPD werden nicht unterstützt.